

Amtsblatt des Main-Taunus-Kreises

MITTEILUNGSBLATT FÜR ALLE BEHÖRDEN DES KREISES

Herausgeber Kreisverwaltung: Kreisausschuss und Landrat

Nr. 47

04. November

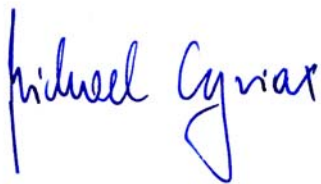
2011

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012

Der Entwurf der Haushaltssatzung des Main-Taunus-Kreises für das Haushaltsjahr 2012 mit ihren Anlagen liegt gemäß § 114 d in Verbindung mit § 97 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung in der Zeit vom 07. bis 17. November 2011 im Landratsamt in Hofheim, Am Kreishaus 1 - 5, Zimmer 3.002, öffentlich aus.

Hofheim, den 2. November 2010

Main-Taunus-Kreis
Der Kreisausschuss



(Michael Cyriax)
Landrat

„Haushalt 2012 – Bündnis für solide Finanzen“ Rede des Landrats Michael Cyriax zur Einbringung des Haushaltsentwurfes 2012 in der Sitzung des Kreistages des Main-Taunus-Kreises am Montag, den 31. Oktober 2011

(Die komplette Rede kann unter www.mtk.org abgerufen werden)

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Aufstellung und Beratung des Haushalts 2012 findet in sehr bewegten und unsicheren Zeiten statt. Die deutsche Wirtschaft ist zwar momentan sehr erfolgreich; die Finanzen der öffentlichen Haushalte aber stehen vor riesengroßen Schwierigkeiten. Das Werk, das ich Ihnen heute in seinen Grundzügen erläutern möchte, soll der Beginn einer neuen Finanzpolitik auch im Main-Taunus-Kreis sein. Der Etatentwurf des Kreisausschusses, den ich Ihnen heute vorstelle, ist somit auch eine Entscheidung über den weiteren Weg unserer Finanz- und Haushaltspolitik.

I. Die Ausgangslage

Die durch die Vertrauens- und Bankenkrise verursachte Rezession von 2008/2009 haben wir dank der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Main-Taunus-Kreises über-

wunden. Die erzielten Jahresfehlbeträge aus den vergangenen Jahren haben wir mit dem Griff in die Rücklage ausgleichen können, aber diese Rücklage ist dramatisch geschrumpft. Wir verbuchen Einnahmen auf hohem Niveau, aber Ausgaben auf noch höherem Niveau. Die Luft wird immer dünner: Wir werden 2011 voraussichtlich mit einem Defizit von rund 24,5 Millionen Euro abschließen.

Und hier ist das Szenario, in dem wir unseren Etat aufstellen. Es ist ein Szenario, bei dem es gruselt - und zwar nicht nur heute an Halloween:

Deutschlandweit erlahmt die Wirtschaftskraft, die Bundesregierung musste ihre Wachstumsprognose für 2012 nach unten korrigieren: auf 1,0 Prozent. Die Entwicklung trifft uns zeitversetzt mit geringeren Einnahmen etwa bei der Gewerbesteuer, aber auch bei dem Einkommenssteueranteil.

Auf allen staatlichen Ebenen fehlt Geld. Auf jeder Ebene besteht der Zwang zum Sparen. Das Land Hessen entlastet sich auf Kosten der kommunalen Familie: So wurden uns und den anderen Kreisen und kreisfreien Städten vom Land die Zuweisungen aus der Grunderwerbsteuer gestrichen. Dadurch fehlen uns jährlich rund neun Millionen Euro. Das können wir nicht kompensieren – wir haben es hier mit einem strukturellen Defizit zu tun. Als ob das nicht genug wäre, müssen unsere Städte und Gemeinden auch noch die Kompensationsumlage an das Land abführen, so dass dem Kreis und seinen Kommunen mit beiden Posten unterm Strich mehr als 14 Millionen Euro fehlen. Auch will das Land Förderungen für die Nahverkehrsverbände drastisch kürzen. Weil wir als Mit-Gesellschafter hinter dem RMV stehen, wird uns das ebenfalls treffen. Ich könnte noch weitere Beispiele aufführen.

Auch weiterhin sind wir bei unseren Gesellschaften und Beteiligungen in der Pflicht. Rücklagen sind aufgebraucht und gewinnträchtige Beteiligungen gibt es kaum noch. Im Gegenteil: Mehrere Kreisunternehmen erzielen Verluste. Wir müssen ihnen finanziell unter die Arme greifen, was ebenfalls unsere Kasse belastet.

Während insgesamt die finanzielle Lage in Europa, Deutschland, Hessen und der kommunalen Familie immer bedrohlicher wird, bleiben unsere Wünsche und die Forderungen zahlreicher Interessengruppen auf höchstem Niveau. Geht irgendwo etwas schief, rufen wir nach dem Staat. Reicht es irgendwo hinten und vorne nicht, rufen wir nach dem Staat. Kommen wir irgendwo nicht mit einem Problem klar, rufen wir nach dem Staat. Alles Erdenkliche sollen der Staat oder die Kommune regeln, und die Politiker scheuen den offenen Konflikt mit Interessengruppen, Wählern, Medien. Es wird fröhlich weiter am Rad gedreht, es werden weiter Schulden gemacht, ohne an die Zukunft zu denken.

Zwischenzeitlich findet so etwas wie ein Paradigmenwechsel statt. Über lange Zeit galt der Satz als richtig, dass Finanzpolitik die breite Masse der Menschen nicht interessiert. Das ist heute zum Glück nicht mehr so. Wir alle sehen am Beispiel Griechenlands was es heißt, wenn Wohlstand mit Schulden erkaufte wird und wenn Kredite nicht mehr zurück gezahlt werden können. Die Zeiten für Finanzpolitiker sind zwar herausfordernder als in der Vergangenheit. Aber sie können heute sicher sein, dass den Menschen nicht mehr egal ist, wie es um die Finanzen des Staates,

also auch des Kreises, bestellt ist. Es gibt eine Lobby und ein Fachgesetz für eine solide Finanzpolitik.

Bei der hessischen Volksabstimmung im März dieses Jahres haben zwar 76,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler im Main-Taunus-Kreis für eine Schuldenbremse in der Landesverfassung gestimmt. Wenn wir aber keine Schulden machen wollen, dann müssen wir unsere Ausgaben senken und unsere Einnahmen steigern. Wir müssen uns sehr genau ansehen, wofür wir unser Geld ausgeben, und was wir uns noch leisten können. Wir müssen fragen: Wie setzen wir unsere immer knapper werdenden Mittel ein für das, was wirklich nötig ist?

Pikanterweise ist es ausgerechnet ein Grieche, der uns in einer kurzen Geschichte die Bedeutung vorausschauenden Handelns auseinandersetzt: Der antike Fabeldichter Äsop erzählt uns von einem wilden Hund. Der liegt im Winter zusammengerollt in einer Höhle, bibbert jämmerlich und schwört sich: „Wenn der Sommer kommt und die Sonne scheint, dann nutze ich die Zeit und baue mir eine Hütte. Dann muss ich im nächsten Winter nicht mehr zittern.“ Der Sommer kommt, mit ihm die Sonne, der Hund freut sich des Lebens und denkt an alles, nur nicht an die Hütte. Doch unvermeidlich naht wieder der Winter, der Hund rollt sich zusammen - und erfriert.

Ein bisschen, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es uns wie diesem Vierbeiner. Nach der Finanzkrise schien konjunkturell eitel Sonnenschein zu herrschen, doch der nächste Winter kommt bestimmt. Unsere Rücklagen sind in den vergangenen drei Jahren zu großen Teilen aufgebraucht, und in Gestalt eines fortlaufenden Defizits und finanzieller Daumenschrauben des Landes schickt schon der Winter seine herbstlichen Vorboten durchs Land.

Soweit also die Bedingungen, unter denen wir uns auf den Winter einstellen müssen. Was heißt das für unseren Haushalt?

II. Unser Ziel: ein dauerhaft ausgeglichener Haushalt

– der Weg: Bündnis für solide Finanzen

Konsolidierung ist das Schlagwort, das ab heute über unserer Haushalts- und Finanzpolitik stehen muss. Konsolidierung heißt auch Sparen. Auch wenn wir intelligent sparen, wird jede Sparmaßnahme weh tun: den hiervon Betroffenen und uns als

Kreispolitiker, die wir die Sparmaßnahmen verantworten müssen. Wir müssen unsere Ausgaben intensiv prüfen und überlegen, wo wir kürzen können. Gleichzeitig müssen wir unsere Einnahmen verbessern. Anders wird es nicht gehen.

Einen langen Atem werden wir für diese Konsolidierung brauchen, der Etat für das kommende Jahr ist nur der erste Schritt. Wir müssen also über das reine Zahlenwerk für 2012 hinaus denken.

Was wir brauchen, ist ein „Bündnis für solide Finanzen“. Gemeinsam müssen wir uns Gedanken machen, wie wir die Finanzen des Main-Taunus-Kreises sichern. Ich rufe alle Fraktionen dazu auf: Beteiligen Sie sich an einem solchen „Bündnis für solide Finanzen“, gehen wir gemeinsam die Herausforderungen der kommenden Jahre an!

Die Hessische Landesregierung will ihre eigenen Einsparbemühungen über einen Kabinettsausschuss „Nachhaltige Haushaltsstruktur in Hessen“ koordinieren; für den Main-Taunus-Kreis schlägt die SPD einen vergleichbaren Ausschuss vor. Rechtzeitig zum Haushalt 2012 wird das nicht mehr möglich sein, aber für die kommenden Jahre möchte ich gerne gemeinsam mit Ihnen in Form eines Ausschusses oder interfraktionellen Arbeitskreises auf sachlicher und fachlicher Ebene weitere konkrete Vorschläge zur Konsolidierung unserer Kreisfinanzen unterbreiten.

Bei der Konsolidierung unsere Finanzen geht es aber auch um die richtige Balance zwischen notwendigen Einsparungen und der Sicherung der Chancen auf eine gute Zukunft. Daran orientiert sich auch der Ihnen vorliegende Plan. Nun zu den Eckwerten des Haushaltsentwurfs für 2012. Den Erträgen in Höhe von 303 Millionen Euro stehen Aufwendungen in Höhe von 314 Millionen Euro gegenüber. Das macht, wie jeder leicht nachrechnen kann, ein Defizit von 11 Millionen Euro. Diesen Fehlbetrag decken wir aus der Rücklage, so dass unser Haushalt ausgeglichen ist. Die Rücklage schrumpft dadurch aber weiter, auf knapp 8,8 Millionen Euro. Gleichzeitig steigen unsere gesamten Verbindlichkeiten auf 323 Millionen Euro. Um Investitionen zu decken, werden wir weitere Kredite aufnehmen müssen; unterm Strich macht das netto rund 22 Millionen Euro an zusätzlichen Schulden. Das sind aber immerhin 14 Millionen Euro weniger als im laufenden Jahr und zeigt, wie ernst wir das Ziel der Konsolidierung nehmen.

1. Lebenswerter, sozialer Main-Taunus-Kreis

Beleuchten wir nun, wie bereits angesprochen, unsere Ausgabenseite. Wir sind und wollen auch zukünftig ein sozialer Kreis sein; hier sollen alle Menschen gerne leben – auch wenn es ihnen nicht so gut geht. Aufwendungen im sozialen Bereich sind daher auch Investitionen in das soziale Netz.

Andererseits belasten diese Aufwendungen bei den Sozialtransfers unseren Haushalt schwer. Rechnen wir alleine die Bereiche Arbeit und Soziales, Jugendhilfe und die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband zusammen, müssen wir dort 124,5 Millionen Euro zuschießen. Das ist kein großer Unterschied zu den vergangenen Jahren. Aber hier könnte eine Zeitbombe ticken. Die Ansätze (also die Fallzahlen) sind äußerst optimistisch kalkuliert. Sollte sich die Konjunktur weiter abschwächen, sollten die Arbeitslosenzahlen deutlich steigen, dann steigen auch wieder unsere Aufwendungen in diesem Bereich. Und bei alledem bleiben wir beim Landeswohlfahrtsverband einer der größten Nettozahler.

Gleichwohl müssen wir auch diesen Bereich in Zukunft stärker durchleuchten: Angefangen bei den organisatorischen Strukturen bis hin zu den Standards im Bereich der Pflichtleistungen. Darauf hat uns auch das Regierungspräsidium hingewiesen, das uns zur Konsolidierung aufgefordert hat. Unser Spielraum ist hier nach der Natur der Sache begrenzt, aber das soll uns nicht schrecken. Wir müssen uns fragen: Mit welcher Qualität bieten wir bestimmte Pflichtleistungen noch an? Welchen Aufwand treiben wir dafür? Können wir Prozesse im Landratsamt weiter optimieren? Fragen über Fragen, die wir zum Teil bereits im kommenden Jahr beantworten müssen, um die Pflöcke für die folgenden Jahre einzuschlagen.

In diesem Bereich gibt es allerdings auch einen Lichtblick zu melden; die Grundversicherung im Alter. Der Bund erstattet uns nicht wie bisher 15 Prozent dieses Aufwands, sondern 45 Prozent. Diese Quote soll in den kommenden Jahren weiter angehoben werden, bis der Bund 2014 diesen Aufwand insgesamt übernimmt. Wir erkennen diese Unterstützung an, und bei aller Klage über zunehmenden Druck von übergeordneten Ebenen muss auch dieser Hinweis aus Gründen der Fairness

erlaubt sein. Im kommenden Jahr entlastet uns das mit rund 2,2 Millionen Euro.

Lassen Sie uns die Betrachtung der Einzelposten im Haushalt 2012 mit unseren jüngsten Bürgern schließen. Auch der Ausbau der Kinderbetreuung im Main-Taunus-Kreis zählt zu den Investitionen ins soziale Netz. Die Kosten dafür werden ebenfalls vom Bund übernommen, aber wir treiben die Entwicklung bei uns voran, und zum Ende des kommenden Jahres werden wir 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsangebote bieten können. Damit hätten wir diese Zielvorgabe des Bundes ein Jahr früher erreicht, als es Berlin vorgesehen hat.

Die Betreuung „unter drei“ ermöglicht es nicht nur den Eltern, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Sie dient auch den Kindern und trägt zur frühen Förderung bei. So unterstützt sie die kommenden Generationen in ihrer Entwicklung und sichert damit auch ein Stück Zukunft für unseren Main-Taunus-Kreis.

2. Investitionen in Bildung

Unter Druck geraten wir nicht nur durch die Sozialtransfers, sondern auch durch die steigenden Abschreibungen auf unsere Schulbauten sowie die mit der Bautätigkeit einhergehende Mehrbelastung bei den Schuldzinsen. Sie zeigen einerseits, wie viel wir in den vergangenen Jahren in die Schulen investiert haben und was wir hier geleistet haben, aber all das hat auch Konsequenzen für unseren Haushalt. Und da wir mit unserem Schulbauprogramm noch nicht am Ende sind, werden die Abschreibungen in den kommenden Jahren weiter wachsen. Wachsen wird auch unser Aufwand für Zinsen, denn unsere Liquidität aus den vergangenen Jahren ist aufgezehrt, und wenn wir in die Schulen weiter investieren wollen, müssen wir dafür neue Kredite aufnehmen.

Die Bildung wird das Herzstück unserer Investitionen bleiben. Aber auch hier müssen wir die Ausgaben auf den Prüfstand stellen, und wir tun das im kommenden Jahr bereits bei der Gebäudeunterhaltung: Wir verzichten auf das Wünschenswerte und planen nur Mittel ein für Reparaturen und andere unbedingt nötigen Arbeiten. Auf diese Weise gelingt es uns, die Schulumlage auf dem Hebesatz von 16,1 Prozent zu belassen. Einsparungen beim Unterhalt sind aber keine Absage an das Schulbauprogramm insgesamt. Unsere Investitionen in diesem Bereich werden wir fortsetzen.

Jedoch gehört zur Redlichkeit auch gesagt, nicht alle Wünsche (300 Mio. Euro in den kommenden fünf Jahren) sind finanzierbar. So werden wir in den kommenden Jahren manches Vorhaben länger strecken als ursprünglich geplant. Das alles wird manche Diskussionen vor und hinter den Kulissen geben, aber wenn wir uns einig sind im großen Ziel, unseren Haushalt im Griff zu behalten, dann müssen wir auch in diesem Bereich ansetzen.

Gleichwohl können sich unsere Investitionsvorhaben 2012 sehen lassen:

- Wir erweitern das Graf-Stauffenberg-Gymnasium Flörsheim
- Wir sanieren den Altbau der Heiligenstockschule Hofheim und errichten einen Ganztagsbereich
- Wir bauen die Grundschule „Süd“ in Bad Soden und daneben eine Sporthalle
- Wir sanieren den Altbau der Riedschule Flörsheim und bauen einen Ganztagsbereich
- Wir errichten einen Neubau an der Main-Taunus-Schule Hofheim und stellen Planungskosten ein für die Erweiterung dieser Schule in den kommenden Jahren.

3. Konsolidierung muss auch freiwillige Leistungen einbeziehen

Ein weiterer Posten bei unseren Ausgaben sind die freiwilligen Leistungen, und auch hier können wir bereits im kommenden Jahr ernst machen mit dem „Bündnis für solide Finanzen“. Bei den freiwilligen Leistungen werden wir Innovations- und Experimentierfreude dämpfen müssen. Wir werden oft nein sagen müssen bei neuen Projekten und Ideen – es sei denn, sie bringen mehr Effizienz und dienen damit unserem großen Ziel der Haushaltskonsolidierung.

Wir müssen unsere Kräfte konzentrieren, wir dürfen uns nicht verzetteln. Keine Innovation um ihrer selbst willen!

Wir müssen auch das eine oder andere streichen, und das wird manch einem weh tun. Wir lassen die MINT-Stipendien auslaufen, die Förderung von naturwissenschaftlichen Nachwuchsstudenten aus dem MTK. Ein weiteres gemeinsames Projekt mit der

Universität Frankfurt, die Leseförderung, werden wir ebenfalls nicht verlängern. Zudem stellen wir weniger Mittel für die „Offensive Gesunde Schule“ bereit. Wir können auch nicht weiter die Kosten für die Schülerbeförderung für die Oberstufe übernehmen. Insgesamt entlasten die Streichungen bei den freiwilligen Leistungen den Haushalt um rund 300.000 Euro.

Manch einer dieser 300.000 Euro schmerzt uns ganz besonders, weil es hier um Bildungsförderung im engeren und weiteren Sinne geht. Aber schmerzliche Einschnitte sind unumgänglich, um das übergeordnete Ziel der Haushaltskonsolidierung zu erreichen. Wie sagte doch ein Professor zu seinen Schülern in der „Feuerzangenbowle“? „Medizin muss bitter schmecken, sonst nützt sie nichts.“

4. Ist jede Gesellschaft ihr Geld wert?

Auch unsere Beteiligungen (an Gesellschaften und Vereinen) gehört auf den Prüfstand. Das ist gewiss ein weites Feld. Der Main-Taunus-Kreis ist vielfältig in der Region verflochten: der Regionalpark, der Verkehr, die Kultur – das sind nur drei Bereiche, in denen wir uns engagieren. Gerade diese Bereiche zeigen aber, dass sich hier im Laufe der Jahre Parallelstrukturen herausgebildet haben, Gesellschaften gegründet wurden, die fast gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen - Parallelgesellschaften gewissermaßen. Wir stehen hier vor strukturellen Diskussionen: Wie können wir unsere Ausgaben bei den Beteiligungen begrenzen, welche Gesellschaften können wir uns in der bisherigen Form überhaupt noch leisten?

Das ist keine Absage an ein regionales Engagement. Um kooperativ zu sein, müssen wir nicht in jeder GmbH sitzen, die irgendwo in der Metropolregion gebildet wurde. Wir werden weiter mit unseren Nachbarn kooperieren und einen Beitrag leisten, den Standort Frankfurt/Rhein-Main zu sichern und weiterzuentwickeln. Wir bekennen uns zu dieser Region, aber vor allem bekennen wir uns zu einer effizienten Region. Daher sollten wir in den kommenden Jahren danach streben, dieses Dickicht dieser Parallelgesellschaften etwas zu lichten und uns in der Region dafür stark machen, die Kräfte zu bündeln.

Die Verzettelung lähmt nicht nur Kräfte, sie kostet auch Geld, insofern wären die Gesellschaften auch ein Thema für das „Bündnis für solide Finanzen“. Die Entflechtung muss ergänzt werden durch ein tauglicheres

Controlling und eine gute Steuerung des Konzerns MTK. Wir müssen sicher stellen, dass unsere Gelder angemessen, verantwortungsvoll und transparent eingesetzt werden.

Gleichzeitig müssen wir darüber nachdenken, den Verlustausgleich bei unseren Beteiligungen zu begrenzen – also festzulegen, bis zu welcher Höhe wir Defizite tragen wollen. Der Volkshochschule und der Personalwohnungsgesellschaft der Kliniken greifen wir bereits finanziell unter die Arme, und jetzt müssen wir aufgrund der finanziellen Lage auch den Kliniken selbst helfen.

5. Personalaufwand ist kein Steinbruch

Zu den traditionell großen Posten unserer Ausgaben zählt das Personal. Angesichts der vielen Herausforderungen und Aufgaben, die der Kreisverwaltung zugewachsen oder auch von Land und Bund auferlegt worden sind, erübrigen sich Phantasien über gewaltige Einsparungen. Wohl aber können wir dafür sorgen, dass diese Kosten nur begrenzt steigen. Dafür leisten wir bereits jetzt einen Beitrag und schaffen grundsätzlich keine neuen Stellen. Und der Etatentwurf für das kommende Jahr kalkuliert mit einer Erhöhung der Kosten um weniger als ein halbes Prozent. Würden wir nicht die Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen für Beamte übernehmen, die früher bei den Kliniken tätig waren, dann würden unsere Personalkosten sogar sinken. Das zeigt, wie ernst wir es mit der Konsolidierung auch im eigenen Haus nehmen.

Doch lassen Sie mich auch an dieser Stelle nicht nur von Personalausgaben, sondern auch von Personalleistungen reden. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hervorragende Arbeit, sind motiviert und so engagiert bei der Sache, dass sich auch manches Unternehmen in der freien Wirtschaft ein Beispiel daran nehmen könnte. Auch wenn die Diskussion eines Haushalts uns dazu zwingt, das Personal als Kostenfaktor zu betrachten, sollten wir den Wert der hier geleisteten Arbeit im Dienst des Bürgers nicht vergessen.

Der Personalaufwand ist kein Steinbruch, an dem wir beliebig herumhacken können.

Um die Ausgaben zu begrenzen, sollte ein „Bündnis für solide Finanzen“ auch ausloten, wie wir noch stärker mit den Städten und Gemeinden im Kreis zusammenarbeiten können. Das ist auch eine Frage der

Personaleffizienz. Nehmen wir die IT, nehmen wir Sachbearbeitung in der Beihilfe ... Können wir hier nicht Synergieeffekte nutzen, Prozesse verschlanken und Kosten dämpfen?

Dies käme nicht alleine dem Kreis zugute, sondern auch den Kommunen selbst. Unsere Städte und Gemeinden sind nicht auf Rosen gebettet, auch sie müssen Wege suchen, ihre Haushalte zu konsolidieren. Mit solchen Kooperationen böte sich der Kreis als starker Partner dafür an. Ein Beispiel dafür ist die zentrale Behördennummer 115, die bei uns im Haus bereits den telefonischen Bürgerservice der Stadt Bad Soden mit übernimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Haushalt 2012 ist ein Einstieg, ein erster Schritt der Konsolidierung, weitere müssen folgen. Wir müssen uns insgesamt fragen, ob wir alles, was wir tun möchten, auch tun können. Das würde ich in der nächsten Zeit gerne gemeinsam mit Ihnen tun.

III. Gesundheitsstandort MTK stärken

Lassen Sie mich nun noch auf unsere Kliniken und den Main-Taunus-Kreis als Standort für beste medizinische und pflegerische Versorgung eingehen.

Trotz immer schlechterer Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen wurden hier in den vergangenen Jahren Millionen-summen in den Um- und Ausbau investiert. Und das ist auch gut so: Hier entsteht ein hochleistungsfähiger Gesundheitskonzern mit herausragender fachlicher Expertise, der sich im harten Wettbewerb der Gesundheitsstandorte behaupten wird.

Gerade auch wegen dieser Anstrengungen aber sind die Kliniken unter enormen finanziellen Druck geraten und schreiben jetzt im dritten Jahr in Folge tiefrote Zahlen. Wir brauchen eine Trendwende. Hier ist die Geschäftsführung gefordert, Vorschläge zu entwickeln. Die dringend erforderliche Umstrukturierung werden wir allerdings nicht per Knopfdruck erarbeiten und umsetzen können. Wir brauchen Zeit. Gerade in dieser Zeit sind wir als Gesellschafter besonders gefordert: Da wir von der Zukunftsfähigkeit der Kliniken überzeugt sind, muss der Kreis hier einspringen, und wir werden mit viel Geld helfen. Schließlich sind unsere Kliniken das Aushängeschild des Gesundheitsstandorts Main-Taunus-Kreis. Wir wollen sie auch in den

kommenden Jahren als kommunales Krankenhaus bewahren.

Mit Überweisungen aus der Kreiskasse aber ist es auf Dauer nicht getan. Die Kliniken selbst sind gefordert, mit strategischen, organisatorischen, fachlichen und fiskalischen Entscheidungen den Weg in eine solide Zukunft zu ebnen. Der Kreistag hat daher die Geschäftsführung des Konzerns beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem die finanzielle Lage dauerhaft gesichert wird. Der Aufsichtsrat hat auf meinen Vorschlag hin vergangene Woche beschlossen, bis zum 30. Juni 2012 die notwendige strategische und operative Neuausrichtung vorzubereiten.

Es stellt sich nun ganz akut die Frage: Wenn wir die Kliniken finanziell unterstützen, wie decken wir das ab? Das Aktienpaket der SÜWAG wird noch nicht verkauft, freie Mittel dafür haben wir nicht, Kredite wollen wir dafür nicht aufnehmen, denn wir wollen ja den Kreishaushalt dauerhaft konsolidieren. Wenn wir all das nicht tun wollen, dann gibt es nur eins: die Einnahmen steigern. Und in der nötigen Größenordnung geht das einzig über die Kreisumlage.

Mit dem heutigen Entwurf schlagen wir Ihnen vor, diese Umlage anzuheben - um zwei Prozentpunkte auf 37 Prozent. Manch ein Bürgermeister, manch eine Bürgermeisterin wird das mit Bauchgrimmen vernehmen. Doch erlauben Sie mir ein paar Hinweise. Wir kennen die finanziell schwierige Lage der Städte und Gemeinden. Daher haben wir bislang versucht, die Kommunen über die Kreisumlage nicht weiter zu belasten. Lieber begrenzen wir unsere Ausgaben, statt uns das nötige Geld einfach per Umlagenerhöhung zu holen. Auch für 2012 würden wir das gerne vermeiden. Aber vor allem die ernste Lage der Kliniken zwingt uns, diesen Schritt nun doch zu gehen.

Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem wir nicht nur die Vorteile des Gemeinwesens Main-Taunus-Kreis und des Gesundheitsstandorts genießen, sondern auch die Verpflichtungen gemeinsam schultern müssen. Notwendige investive Veränderungen werden wir anders als in Vergangenheit mit einem angemessenen Eigenfinanzierungsanteil leisten. Ansonsten ersticken die Kliniken in ihren Verbindlichkeiten. Die Einnahmen aus der Umlage dienen letztlich dazu, unseren Standort und die medizinische Versorgung nahe am Wohnort zu sichern - und davon haben am Ende alle etwas.

IV. Fazit

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir gehen finanziell schwierigen Zeiten entgegen, vielleicht so schwierigen Zeiten, wie wir sie noch nicht gehabt haben. Das dürfte bei den vorangegangenen Betrachtungen deutlich geworden sein. Wir werden stärker zwischen Wunsch und Machbarkeit unterscheiden müssen, wir werden stärker um Prioritäten ringen.

Lassen Sie uns dabei hart in der Sache sein, aber freundlich im Ton. Im Kreistag des Main-Taunus-Kreises haben wir uns bislang immer in den großen Fragen um Sachlichkeit bemüht, lassen Sie uns diesen Willen zum sachlichen Miteinander in das „Bündnis für solide Finanzen“ mitnehmen, gerade vor den großen Herausforderungen, vor denen wir stehen!

Goethes „Götz von Berlichingen“ sagte einst: „Wo viel Licht ist, ist starker Schatten“. Lassen Sie uns das einmal umdrehen: Wo Schatten ist, da ist auch Licht. Viele der Gedanken, die ich vor Ihnen ausgebreitet habe, wirken düster. Aber es gibt eben auch Licht.

Unser Main-Taunus-Kreis hat immer noch die besten Standortvorteile, um die Herausforderungen zu bestehen, die vor uns liegen:

- eine nach wie vor überdurchschnittliche Wirtschaftskraft in seinen Städten und Gemeinden
- eine zentrale Lage im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, der hervorragende Wirtschafts- und Lebensperspektiven bietet
- eine hohe Lebensqualität und Nähe zur Natur, die für die Menschen attraktiv sind und Zuzug von weiteren Bürgern sichern
- eine starke, kundenorientierte Kreisverwaltung, die ständig ihre Effizienz weiter steigert
- und hoffentlich ein gemeinsamer Wille in diesem Kreistag, die Dinge anzupacken und die nötigen Entscheidungen zu treffen.

Seien wir klüger als der eingangs erwähnte Äsopsche Hund und bauen wir die Hütte, bevor der Winter kommt. Zeigen wir, dass wir nicht nur solide Schulen errichten können, sondern auch ein solides Finanzgebäude.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine konstruktive Beratung.

Vielen Dank.